

Betreff: **Re: Kommunalwahlen vom 14. März 2020 – Wählerinnen und Wähler wollen wissen....**

Von: Johannes Hauenschild <johannes.hauenschild@volteuropa.org>

An: CareRevolution-Rhein-Main <carerevolution-rhein-main@posteo.de>

Datum: 20.01.2021 20:41

Hallo,

vielen Dank für Ihre umfangreiche Anfrage, da uns zurzeit viele Anfragen erreichen haben wir für die Fülle der Fragen eine Weile gebraucht, hoffen aber, dass diese Sie trotzdem noch zeitig erreichen.

Gerne nehmen wir hierzu auf Grundlage unserer entsprechenden Parteiprogramme sowie politischen Möglichkeiten nach der Kommunalwahl in Frankfurt bzw. den Ortsbezirken Stellung.

1. Daseinsfürsorge gehört in öffentliche Hand

Corona hat gezeigt, wie zentral gut funktionierende öffentliche Infrastrukturen der Daseinsfürsorge sind. Was wollen Sie unternehmen, damit Kliniken, Pflegeheime, Kitas, Horte, usw... zwecks besserer Versorgungsplanung und Koordination als städtische Einrichtungen betrieben werden bzw. wie wollen Sie darauf hinwirken, dass sie wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden?

Antwort unter 2.

2. „Systemrelevante“ Berufe müssen aufgewertet werden

Welche der in Corona als „systemrelevant“ erkannten Berufe, nämlich Pflege, Erziehung, Betreuung, Fahrdienste für Menschen mit Behinderung werden Sie tarifieren, das Tarifniveau entsprechend anheben und wie wollen Sie für eine ausreichende Personalbemessung sorgen?

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Gewinne von privaten Pflegedienstleistern / kirchlichen Einrichtungen der Öffentlichkeit kommuniziert werden? (Welche Gewinne erzielten die Agaplesion gAG, die AWO, die Caritas, die Diakonie, etc...in den letzten 20 Jahren?)

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass öffentlich bekannt wird, ob die Angestellten dieser Unternehmen und Einrichtungen nach Tarif bezahlt werden und mit wem ein Tarifvertrag geschlossen wurde? Damit transparent wird, um wieviel Prozent die Bezahlung im Bezug zu einem verdi-Tarifvertrag differiert? welcher Prozentsatz des Personals dieser Unternehmen/Einrichtungen outgesourct wird und um welches Personal es sich handelt?

Welche Handlungsstrategien haben Sie vor zu entwickeln, nach der Beantwortung dieser Fragen?

Antwort Volt Frankfurt:

Wie es bei Krisen oft der Fall ist, zeigen sie uns Probleme auf, welche schon länger bestehen. So ist es auch bei der Corona-Krise. Für Angehörige wie auch für das Pflegepersonal bedeutet die Pflege zu großen Stress. Die Vorgaben sind zu hoch, es bleibt kaum Zeit für den Patienten. Die Aufwertung der Pflegeberufe ist leider nicht ausschließlich auf regionaler Ebene zu lösen. Es braucht hier dringend eine Reform der Pflege auf Bundesebene. Volt schlägt zur Verbesserung dieser Situation daher folgende Maßnahmen vor:
Familien bei denen die Pflege bereits im häuslichen Umfeld stattfindet, sollen Entlastung

finden. Sie soll in kleinen selbstständigen Einheiten geschehen, die sich an dem holländischen Buurtzorg Modell orientieren: Familienangehörige, Nachbarinnen, Pflegerinnen, Gemeindehelferinnen, praktische Ärztinnen und Gerontologinnen bilden Teams, in denen die Arbeiten selbstständig nach fachlichen Grundlagen aufgeteilt werden. Teamleiterinnen bilden die Schnittstelle zu den Krankenkassen. So wird die Pflege von den administrativen Belastungen befreit und auf das Wesentliche, den Menschen, konzentriert. Die Situation in den Pflegeberufen muss deutlich verbessert werden. Dazu gehört auch die Unterstützung der Pflegerinnen durch Angehörige und Nachbar*innen, die massive Reduktion der Patienten-Pfleger-Relation, die tarifliche Bezahlung, die eine angemessene Entlohnung vorsehen muss und eine zeitliche Begrenzung des Einsatzes am Patienten in der Lebensarbeitszeit, da der Beruf körperlich hoch anstrengend ist. Aufstiegsmöglichkeiten zur Teamleiterfunktion können weitere Motivation bedeuten. Es ist ein höheres gesellschaftliches Ansehen dieser Berufe anzustreben. Ärzt*innen in diesen Teams müssen speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen hin ausgebildet sein, damit ihre Diagnosen präzise Anweisungen erzeugen können. Auch hier muss eine Patienten-Arzt-Relation gefunden werden, die die Patientinnen in den Mittelpunkt stellt. Ärzt*innen müssen möglichst von administrativen Belangen befreit werden. Heimplätze sind unter staatliche Qualitätskontrolle zu stellen. Sie sollen nur im Notfall aufgesucht werden müssen.

Durch die Konstruktion von kleinen effizienten Teams anstelle von kostenträchtigen Heimplätzen kann möglicherweise ein enormes Sparpotenzial erzeugt werden, dass dann an anderer Stelle zur Finanzierung der oben angegebenen Verbesserungen genutzt werden kann. Eine Pflegesituation belastet den Menschen und seine Angehörigen extrem. Daher sollten sie sich nicht, wie heute oft üblich, in anonyme Einrichtungen abgeschoben fühlen, oder sich als Angehörige mit administrativen Belastungen herumschlagen müssen. Volt schlägt zur Verbesserung dieser Situation daher folgende Maßnahmen vor:

Das oberste Ziel der Versorgung alter Menschen soll ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben des alternden Menschen in Würde sein. Dazu kann es sinnvoll sein, dem alten Menschen solange wie möglich eine Pflege in der gewohnten häuslichen Umgebung zu verschaffen. Heime sind nur dann eine Lösung, wenn sie medizinisch die bessere Alternative sind. Die Patienten und Angehörigen müssen weitestgehend von administrativen Belastungen befreit werden. Sie dürfen nicht in eine Situation geraten, in der sie um Pflege kämpfen müssen. Alle administrativen Aufgaben sollte ein Gesundheitsteam übernehmen.

3. Familien mit Kindern brauchen Entlastung

Wie gedenken Sie Erwerbstätige und besonders Alleinerziehende zu unterstützen, wenn sie kranke Kinder – auch mal längerfristig - zu versorgen haben, die dann nicht in KiTas oder sonstige kollektive Betreuungseinrichtungen untergebracht werden können während die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, (auch nach Corona)?

Was wollen Sie unternehmen, um die Personalschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern?

Antwort Volt Frankfurt:

Volt die kostenfreie Betreuung von Kindern sowie die Versorgung von Schulkindern ausbauen und fördern. Weitere Details entnehmen Sie bitte unserem Wahlprogramm.

4. Der Rückstand in Sachen Inklusion muss dringend abgebaut werden

Deutschland hat 2009 die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Darüber hinaus ist die Grundrechtecharta der EU für Deutschland verbindlich

Art. 26 der Grundrechtecharta der EU sagt:

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit diese Ansprüche verwirklicht werden?

Konkret:

- Wohnen – Menschen mit Behinderung und Familien mit einem Angehörigen mit Behinderung (Kind oder Erwachsener) brauchen nicht nur barrierefreie sondern behindertengerechte Wohnungen. Der Bedarf an solchen Wohnungen übersteigt die zu Verfügung stehende Anzahl in Frankfurt. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das zu verändern? Wir erwarten, dass neben anderen Wohnungsbaugesellschaften besonders die ABG diese Auflagen erfüllen müssen, gerade auch wenn Renovierungen anstehen. Auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, die inklusiv ausgerichtet sind, sollten besonders gefördert werden.
- Zur Entlastung pflegender Angehöriger sind besonders mit Personal gut ausgestattete Pflegeheime notwendig. In Frankfurt gibt es kein Kinderpflegeheim. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Familien, die schon so sehr belastet sind, nicht noch große Entfernung aufgebürdet bekommen?
- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Inklusion in den Schulen verbessert und in allen Schulen verwirklicht wird?
- Wie wollen Sie sich einbringen, damit Frankfurt als Arbeitgeber den Anteil von Menschen mit Behinderung erhöht?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit der öffentliche Raum (besonders der ÖPNV) barrierefrei gestaltet wird?
- Wie wollen Sie Pflegende Angehörige unterstützen, die sich – unbezahlt – ihren Angehörigen mit Behinderung widmen und damit die Gemeinschaft entlasten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diesen Pflegenden Angehörigen eine ihrem Einsatz gebührende soziale Absicherung und Altersrente zu garantieren?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Pflegenden Angehörigen entlastet werden in ihrem Kampf gegen einen wachsenden und immer undurchsichtigeren Bürokratiedschungel? Wir plädieren für eine wirkliche Einbeziehung und Mitbestimmung der Betroffenen, nämlich der Menschen mit Behinderung und der Pflegenden Angehörigen, bei der Ausarbeitung von Maßnahmen und Regelungen. Wie sehen Sie das?

Antwort Volt Frankfurt:

Alle Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) und Funktionseinschränkung (Behinderung) haben das uneingeschränkte Recht auf Würde und Chancengleichheit.

Zuallererst sind sie Menschen, die ein eigenes Leben führen und eigene Ambitionen und

Hoffnungen hegen. Volt will die Integration aller Menschen in die Gesellschaft fördern, indem die individuelle Förderung für Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Funktionseinschränkung im Bildungssystem ausgebaut wird, echte Barrierefreiheit auch im Berufsleben unterstützt wird und Belange psychischer Gesundheit endlich gesellschaftlich enttabuisiert werden. Dazu fordern wir eine Individuelle Förderung im Bildungssystem. Aus Unserer Sicht muss sich hier etwas auf Bundestagsebene ändern und fordern deshalb:

Im Bildungswesen hat jeder *Lernende den Anspruch auf individuelle Förderung und Unterstützung, um ihr/sein Potenzial zur vollen Entfaltung bringen zu können. Unterschiede zwischen Lernenden und die Vielfalt von Lerngruppen sollen als Gewinn und Bereicherung aufgefasst werden. Zusätzlich müssen im Rahmen einer Inklusionspflicht alle Bildungseinrichtungen Kinder und Jugendliche mit SPF und Funktionseinschränkung aufnehmen, es sei denn, diese würden in einer spezialisierten Einrichtung besser lernen können. Dazu gehört, dass Kinder mit SPF und Funktionseinschränkung Zugang zu geeigneter und hochwertiger Betreuung haben. Insbesondere junge Menschen mit komplexen gesundheitlichen Bedürfnissen müssen beim Übergang ins Erwachsenenalter bestmöglich unterstützt und in der Entfaltung und Einbringung ihrer individuellen Fähigkeiten gefördert werden. Lehrerinnen müssen Qualifikationen und Erfahrungen für die Betreuung und Förderung speziell von Kindern und Jugendlichen mit SPF und Funktionseinschränkung erwerben und nachweisen können.*

Wir von Volt sehen die selbstbewusste Teilhabe und Barrierefreiheit in allen Bereichen der Gesellschaft als einen Schlüssepunkt. Daher fordern wir wie folgt:

Volt hält es für notwendig, dass Menschen mit SPF oder Funktionseinschränkung ihre Rechte kennen und verstehen. Für alle befassten Einrichtungen müssen Mindeststandards erarbeitet und durchgesetzt werden, zu denen auch die systematische Einbeziehung der Menschen mit SPF und Funktionseinschränkungen gehört. Auch in politische Entscheidungsprozesse sollen Menschen mit SPF und Funktionseinschränkung einbezogen werden. Um bessere Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft zu ermöglichen, müssen alle öffentlichen wie privaten Verkehrsmittel barrierefrei gestaltet werden. Für mittlere und große Unternehmen muss eine Mindestquote an Arbeitsplätzen festgelegt werden, die von Menschen mit SPF und Funktionseinschränkung wahrgenommen werden (wofür Vorteile aus-gelobt werden). Unterstützte Beschäftigungsmodelle sollen die Menschen möglichst dauerhaft und sicher in Arbeit halten. Unternehmen und Behörden, die die festgelegte Quote nicht erreichen, sollen Programme für die berufliche Förderung von Menschen mit SPF und Funktionseinschränkung angeboten werden.

Darüber hinaus will Volt den Zugang zu psychiatrischer Versorgung erleichtern. Zu diesem Zweck sollen sowohl Menschen mit SPF und Funktionseinschränkung als auch ihre Angehörigen und Pfleger*innen durch Trainings ihre Rechte bestmöglich verstehen und an deren Weiterentwicklung mitwirken. Der Abruf von Gesundheitsleistungen soll für sie leichter gestaltet werden.

Zusätzlich soll eine Reform des Adoptionsrechtes, bestehender Betreuungsinstitutionen und Förderung der Deinstitutionalisation dazu führen, dass stets das Wohl des Kindes im Zentrum aller Maßnahmen stehen muss. Denn Grundsätzlich fördert Volt den Wechsel zur Betreuung und Obhut in Familien oder in einem familiären Umfeld, weil Kinder so leichter in die Gesellschaft integriert werden können und sozialer Ausschluss vermieden werden kann. Daher sollen alle Erwachsenen, gleich welcher Geschlechtsidentität, sexuellen Orientierung und welchen Familienstandes, Kinder adoptieren dürfen, wenn sie dem Kind ein

angemessenes Umfeld bieten können. Der Adoptionsprozess soll überarbeitet und auf das wohl des Kindes ausgerichtet werden. Wenn es im besten Interesse des Kindes ist, soll es mehr als zwei rechtliche Elternteile haben können und dürfen, z.B. in dem Fall, dass ein Kind neben seinen bereits bestehenden zwei Elternteilen zu einer wichtigen Betreuungs- und Bezugsperson ein Eltern-Kind-Verhältnis aufbaut. Volt will sicherstellen, dass Institutionen, in denen Kinder aufwachsen und betreut werden, die besten Voraussetzungen dafür bieten, dass diese Kinder ein eigenständiges Leben führen und ihre Fähigkeiten bestmöglich entwickeln können. Volt setzt sich dafür ein, dass die Qualität der Fürsorge ständig verbessert wird, z.B. durch kontinuierliche Fortbildungen und Schulungen der Betreuer*innen.

5. Obdachlose und Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen gerade in Pandemiesituationen sichere Unterkünfte

Welche Möglichkeiten werden Sie umsetzen, um Obdachlose und Wohnungssuchende, in Sammelunterkünften zusammengepferchte Menschen und um Frauen, die der Gewalttätigkeit ihrer Partner ausgesetzt sind, in nicht belegten Unterkünften, wie das Haus der Jugend, in nicht-ausgebuchten Hotels bzw. in leerstehenden Häusern menschenwürdig und pandemiegeschützt unterzubringen?

Antwort Volt Frankfurt:

Massenunterkünfte sind für Volt nicht nur in Pandemiezeiten ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Mit unserer Initiative "Housing first" wollen wir dem begegnen. Corona erfordert allerdings hier noch einmal schnelleres Handeln. Als Messestadt verfügt Frankfurt über eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Hotels, die aktuell nahezu leer stehen und staatliche Förderungen zum Überstehen der Krise erhalten. Volt wird sich dafür einsetzen, dass diese Räumlichkeiten temporär für Menschen ohne eigenes Obdach sowie von häuslicher Gewalt bedrohte Menschen zugänglich gemacht werden.

Die Lage auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren spürbar angespannt. Wohnen darf nicht zu einem Luxusgut werden. Daher haben wir die Grundüberzeugung, dass die Wohnungsknappheit in wachsenden mitteleuropäischen Metropolen nur durch den Bau von neuen Wohnungen und umfassend gefördertem Wohnraum gelöst werden kann. Unser Vorbild ist Wien: Der Stadt gelingt es Wohnungen seit Jahrzehnten sozialverträglich zu vermieten. Daraus folgt die Erkenntnis: Die Stadt Frankfurt muss die Vermieterin Frankfurts werden.

Wir fordern konkret die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum für Frankfurt mittels einer langfristigen, kommunale Anleihe zur Finanzierung städtischen Neubaus. Die Einhaltung und Kontrolle der bestehenden Quote für sozialen Wohnungsbau (30%). Die Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum durch konsequente Durchsetzung des Milieuschutzesatzes. Zudem Fordern wir die Schaffung von neuem Wohnraum durch schonende Nachverdichtung der Stadt z.B. durch Hinterlandbebauung oder die Aufstockung von Flächen inkl. ausreichendem ÖPNV, Grünflächen, Einkaufsmöglichkeiten usw.

Um in Würde hier leben zu können, fordern wir die Einführung von Housing First: Sofortige, unbürokratische Unterbringung von Obdachlosen inkl. einer ausreichenden Betreuung durch Sozialarbeiter. Frankfurt muss ein sicherer Hafen werden. Frankfurt soll sich der internationalen Organisation „Seebrücke“ anschließen, um die Seenotrettung zu Entkriminalisieren und neue staatliche Rettungsmissionen zu schaffen. Mittels EU-Welcome-Desk & Buddy System, soll das

das Ankommen in Frankfurt zu erleichtert werden.

6. Wohngemeinschaft Bonameser Straße muss erhalten aus ausgebaut werden

Werden Sie ein dauerhaftes Bleiberecht der BewohnerInnen und ihrer Nachkommen auf den gepachteten Parzellen garantieren und weitere Plätze dort wieder zur Pacht freigeben bzw. die Möglichkeit weiterer Pachtparzellen prüfen?

Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung (viele Bewohner:innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt), angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der Wohnungsnot für dringend geboten.

Antwort Volt Frankfurt:

Zu dieser Situation haben wir noch keine ausreichenden Informationen gesammelt um Stellung zu beziehen.

7. Der Wagenplatz Ostbahnhof braucht Unterstützung.

Werden Sie die derzeitigen BewohnerInnen und ihre Wagen am Ostbahnhof dort unterstützen bzgl. Ver- und Entsorgung bis ein endgültiger Bebauungsplan verabschiedet ist und die Umsetzung beginnt? Werden Sie bis dahin weiter geeignete Gelände eruieren, die als Wagenstandplatz in Frankfurt dienen können? Die Wohnungsnot, die Pandemie und das gemeinschaftliche Engagement von WagenplatzbewohnerInnen und Fahrenden gebieten diese Lösung.

Zu dieser Situation haben wir noch keine ausreichenden Informationen gesammelt um Stellung zu beziehen.

8. Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Wie würden Sie die Schaffung von Bürger:innen-Räten unterstützen in denen sich Betroffene zusammenschließen, um ihre Anliegen selbstbestimmt zu formulieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten? Es gibt bereits einen Ernährungsrat und es könnte sich Ähnliches entwickeln in den Bereichen Gesundheit, Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Kultur, Freizeit.

Welche Unterstützungs- und Versammlungsmöglichkeiten würden Sie flächendeckend in allen Stadtteilen aufbauen und zur Verfügung und Nutzung bereitstellen für

- Senioren (Treffs, Mittagstisch, Tagesaufenthalt, ...)
- Kinder (Kitas, Spiel- und Sportplätze,....)
- Jugendliche (Jugendhäuser und -cafes, Musikprobe- und -auftrittsräume, Sportplätze,...)
- Mütter (Treffs, Beratung, Hebammen, Babysitter,.....)
- Wasch- und Bademöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Gesundheitszentren,.....

Antwort Volt Frankfurt:

Wir möchten, dass Bürgerinnenbeteiligung in Frankfurt nicht nur ermöglicht wird, sondern auch gefördert. Wir möchten erreichen, dass sich möglichst viele Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung auch zwischen den Wahlen am politischen Prozess beteiligen. Die kommunale Ebene ist dafür besonders geeignet: In der Stadt leben wir dicht beieinander und können uns persönlich begegnen. Außerdem sind kommunalpolitische Themen oft sehr nahe am täglichen Leben vieler Menschen. Wir werden daher die Kompetenzen der Frankfurterinnen nutzen, um

möglichst gute Lösungen für unsere Stadt zu finden. Dafür nutzen wir die Fortschritte in der Digitalisierung, die den Bürgerinnen *völlig neue Möglichkeiten der Beteiligung an der städtischen Entwicklung ermöglichen können. Damit uns das gelingt, sehen wir es als essentiell an, diese Möglichkeiten nicht nur zu schaffen, sondern die Menschen auch für die Nutzung dieser Möglichkeiten zu befähigen, zu informieren und zu motivieren. Wir plädieren außerdem für einen konstruktiven und höflichen Umgang in der Stadtverordnetenversammlung.* Dies wollen wir Konkret mit einer Ausweitung der 'Frankfurt Fragt Mich'- Webseite und App. Alle relevanten und aktuellen Informationen zur Kommunalpolitik, zu Umfragen, zu Demokratiekonferenzen, zu Podien und zu öffentlichen Einrichtungen und Ämtern kompakt, zentral und transparent abrufbar sein und einen 'Demokratie-Guide' darstellen. Kommunalpolitik muss insgesamt greifbarer gemacht werden. Bürgerinnen müssen dazu motiviert werden und die niedrigschwellige Möglichkeit bekommen, auch neben der Ausübung des eigenen Berufes mitwirken zu können.

In den Ortsbezirken sind teilweise schon gute Angebote vorhanden, deren Förderung unserer Meinung nach nicht als erstes bei Haushaltsdiskussionen gekürzt oder gestrichen werden dürfen.

Unser Ansatz der Bürgerinnenbeteiligung *das bereits vorhandene ehrenamtliche Bürgerinnen-Engagement:*

- Ein repräsentatives Gremium zufällig gewählter Bürgerinnen erarbeitet *Handlungsempfehlungen unter Einbeziehung von unabhängigen Expertinnen.* Diese Empfehlungen müssen in der Stadtverordnetenversammlung verpflichtend angehört werden. Ein ähnlicher Ansatz führte von 2016-2018 in Irland dazu, dass die Bevölkerung mutiger war als es anfangs die Politik war.
- Einrichtung eines Bürgerinnenbudgets wie in Reykjavik: Bürgerinnen schlagen Projekte vor, stimmen darüber ab und erleben ihren Fortschritt in der Stadt.

Dies sind zum Teil Auszüge aus dem Grundsatzprogramm von Volt Deutschland und des Wahlprogramms von Volt Frankfurt. Viele Fragen gehen unserer Einschätzung nach über die Möglichkeiten der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung bzw. der Ortsbeiräte hinaus und können deshalb nicht abschließend von uns als Volt Frankfurt beantwortet werden. Jedoch sind die Fragen durchaus wichtig und sollten auf den entsprechenden politischen Ebenen aufgenommen werden.

Wahlprogramm Volt Frankfurt: https://assets.volteuropa.org/2020-12/Wahlprogramm_Frankfurt_2021.pdf
Grundsatzprogramm Volt Deutschland: https://assets.volteuropa.org/2021-01/2020_12_22_Grundsatzprogramm_DE.pdf

Policy Volt Europa: <https://www.volteuropa.org/challenges#policyportfolio>

Volt-Programm für das Europäische Parlament 2019-2024: <https://assets.volteuropa.org/inline-images/nRID4kC9yZVWKY5kXoHzlDcjz3IBf8kRC2zEgCuTUpkiDTiF9C.pdf>

Viele Grüße,

Johannes Hauenschild

On 11 Jan 2021, at 08:31, CareRevolution-Rhein-Main <carerevolution-rhein-main@posteo.de> wrote:

Guten Tag,

Sie treten am 14. März 2020 bei den Kommunalwahlen an, um das Zusammenleben in Frankfurt in den kommenden 4 Jahren zu gestalten, falls Sie gewählt werden. Wir unterbreiten Ihnen eine Liste von Anliegen, die wir, als Aktive des Netzwerks Care Revolution für zentral erachten, damit in Frankfurt nicht nur privilegierte Minderheiten Bedingungen vorfinden, die ein gutes Leben möglich machen. Wir danken Ihnen schon im Voraus auf Ihre Ausführungen zu den gestellten Fragen. Wir werden sie auf unserem Blog veröffentlichen und so allen interessierten Wählern und Wählerinnen zugänglich machen.

1. Daseinsfürsorge gehört in öffentliche Hand

Corona hat gezeigt, wie zentral gut funktionierende öffentliche Infrastrukturen der Daseinsfürsorge sind. Was wollen Sie unternehmen, damit Kliniken, Pflegeheime, Kitas, Horte, usw... zwecks besserer Versorgungsplanung und Koordination als städtische Einrichtungen betrieben werden bzw. wie wollen Sie darauf hinwirken, dass sie wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden?

2. „Systemrelevante“ Berufe müssen aufgewertet werden

Welche der in Corona als „systemrelevant“ erkannten Berufe, nämlich Pflege, Erziehung, Betreuung, Fahrdienste für Menschen mit Behinderung werden Sie tarifieren, das Tarifniveau entsprechend anheben und wie wollen Sie für eine ausreichende Personalbemessung sorgen?

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Gewinne von privaten Pflegedienstleistern / kirchlichen Einrichtungen der Öffentlichkeit kommuniziert werden? (Welche Gewinne erzielten die Agaplesion gAG, die AWO, die Caritas, die Diakonie, etc...in den letzten 20 Jahren?)

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass öffentlich bekannt wird, ob die Angestellten dieser Unternehmen und Einrichtungen nach Tarif bezahlt werden und mit wem ein Tarifvertrag geschlossen wurde? Damit transparent wird, um wieviel Prozent die Bezahlung im Bezug zu einem verdi-Tarifvertrag differiert? welcher Prozentsatz des Personals dieser Unternehmen/Einrichtungen outgesourct wird und um welches Personal es sich handelt?

Welche Handlungsstrategien haben Sie vor zu entwickeln, nach der Beantwortung dieser Fragen?

3. Familien mit Kindern brauchen Entlastung

Wie gedenken Sie Erwerbstätige und besonders Alleinerziehende zu unterstützen, wenn sie kranke Kinder - auch mal längerfristig - zu versorgen haben, die dann nicht in KiTas oder sonstige kollektive Betreuungseinrichtungen untergebracht werden können während die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, (auch nach Corona)?

Was wollen Sie unternehmen, um die Personalschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern?

4. Der Rückstand in Sachen Inklusion muss dringend abgebaut werden

Deutschland hat 2009 die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Darüber hinaus ist die Grundrechtecharta der EU für Deutschland verbindlich

Art. 26 der Grundrechtecharta der EU sagt:

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit diese Ansprüche verwirklicht werden?

Konkret:

- Wohnen - Menschen mit Behinderung und Familien mit einem Angehörigen mit Behinderung (Kind oder Erwachsener) brauchen nicht nur barrierefreie sondern behindertengerechte Wohnungen. Der Bedarf an solchen Wohnungen übersteigt die zu Verfügung stehende Anzahl in Frankfurt. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das zu verändern? Wir erwarten, dass neben anderen Wohnungsbaugesellschaften besonders die ABG diese Auflagen erfüllen müssen, gerade auch wenn

Renovierungen anstehen. Auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, die inklusiv ausgerichtet sind, sollten besonders gefördert werden.

- Zur Entlastung pflegender Angehöriger sind besonders mit Personal gut ausgestattete Pflegeheime notwendig. In Frankfurt gibt es kein Kinderpflegeheim. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Familien, die schon so sehr belastet sind, nicht noch große Entfernung aufgebürdet bekommen?
- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Inklusion in den Schulen verbessert und in allen Schulen verwirklicht wird?
- Wie wollen Sie sich einbringen, damit Frankfurt als Arbeitgeber den Anteil von Menschen mit Behinderung erhöht?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit der öffentliche Raum (besonders der ÖPNV) barrierefrei gestaltet wird?
- Wie wollen Sie Pflegende Angehörige unterstützen, die sich – unbezahlt – ihren Angehörigen mit Behinderung widmen und damit die Gemeinschaft entlasten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diesen Pflegenden Angehörigen eine ihrem Einsatz gebührende soziale Absicherung und Altersrente zu garantieren?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Pflegenden Angehörigen entlastet werden in ihrem Kampf gegen einen wachsenden und immer undurchsichtigeren Bürokratiedschungel? Wir plädieren für eine wirkliche Einbeziehung und Mitbestimmung der Betroffenen, nämlich der Menschen mit Behinderung und der Pflegenden Angehörigen, bei der Ausarbeitung von Maßnahmen und Regelungen. Wie sehen Sie das?

5. Obdachlose und Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen gerade in Pandemiesituationen sichere Unterkünfte

Welche Möglichkeiten werden Sie umsetzen, um Obdachlose und Wohnungssuchende, in Sammelunterkünften zusammengepferchte Menschen und um Frauen, die der Gewalttätigkeit ihrer Partner ausgesetzt sind, in nicht belegten Unterkünften, wie das Haus der Jugend, in nicht-ausgebuchten Hotels bzw. in leerstehenden Häusern menschenwürdig und pandemiegeschützt unterzubringen?

6. Wohngemeinschaft Bonameser Straße muss erhalten aus ausgebaut werden

Werden Sie ein dauerhaftes Bleiberecht der BewohnerInnen und ihrer Nachkommen auf den gepachteten Parzellen garantieren und weitere Plätze dort wieder zur Pacht freigeben bzw. die Möglichkeit weiterer Pachtparzellen prüfen?

Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung (viele Bewohner:innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt), angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der Wohnungsnot für dringend geboten.

7. Der Wagenplatz Ostbahnhof braucht Unterstützung.

Werden Sie die derzeitigen BewohnerInnen und ihre Wagen am Ostbahnhof dort unterstützen bzgl. Ver- und Entsorgung bis ein endgültiger Bebauungsplan verabschiedet ist und die Umsetzung beginnt? Werden Sie bis dahin weiter geeignete Gelände eruieren, die als Wagenstandplatz in Frankfurt dienen können? Die Wohnungsnot, die Pandemie und das gemeinschaftliche Engagement von WagenplatzbewohnerInnen und Fahrenden gebieten diese Lösung.

8. Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Wie würden Sie die Schaffung von Bürger:innen-Räten unterstützen in denen sich Betroffene

zusammenschließen, um ihre Anliegen selbstbestimmt zu formulieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten? Es gibt bereits einen Ernährungsrat und es könnte sich Ähnliches entwickeln in den Bereichen Gesundheit. Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Kultur, Freizeit.

Welche Unterstützungs- und Versammlungsmöglichkeiten würden Sie flächendeckend in allen Stadtteilen aufbauen und zur Verfügung und Nutzung bereitstellen für

- Senioren (Treffs, Mittagstisch, Tagesaufenthalt, ...)
- Kinder (Kitas, Spiel- und Sportplätze,....)
- Jugendliche (Jugendhäuser und -cafes, Musikprobe- und -auftrittsräume, Sportplätze,...)
- Mütter (Treffs, Beratung, Hebammen, Babysitter,....)
- Wasch- und Bademöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Gesundheitszentren,....

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und für die Zeit, die Sie sich nehmen, unsere Fragen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Netzwerk Care Revolution Rhein-Main

Carearbeit muss in ihrer fundamentalen Bedeutung erkannt, wertgeschätzt und als politische Priorität gefördert werden.

<https://carerevolution-rhein-main.org/>